

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 6

Erscheint **Samstag**.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mk. Zur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 31. Januar 1932

Verlagsschleife: Berlin G2, Neuer Markt 6—12 IV.
Fernruf: Berlin 82, Ruppertgraben 129.
Einzeln werden nicht ausgenommen.

48. Jahrgang

Beitrag und Lohn!

Es war vorauszusehen, daß mit der durch die letzte Notverordnung bewirkten brutalen Herabsetzung der Löhne auch das Verlangen nach einer Beitragsenkung in unseren Mitgliederkreisen laut werden würde. Auf den ersten Blick erscheint es auch hart und ungerecht, bei einer Lohnkürzung von rund 20 Proz., die unsere Kollegenschaft im letzten Jahre über sich ergehen lassen mußte, an der seitherigen Beitragshöhe festzuhalten. Wer jedoch die Entwicklung der Löhne, Beiträge und Unterstützungseinrichtungen in den letzten Jahren etwas aufmerkamer verfolgt hat, der wird doch zu einem anderen Schluß kommen müssen.

Am 1. Oktober 1925 hatten wir in der V. Klasse einen Beitrag von 1,30 Mk und für die Kolleginnen der III. Beitragsklasse einen solchen von 65 Pf. Diese Beiträge erfuhren durch den Beiratsbeschluss vom September 1926 (Entscheidung auf schriftlichem Wege) eine Erhöhung auf 1,40 Mk. bzw. 0,70 Mk. und durch die Beiratstagung vom 12. März 1927 eine weitere Erhöhung auf 1,50 Mk. bzw. 0,75 Mk., die am 1. Mai 1927 in Kraft trat. Der Düsseldorf-Verbandstag im August 1928 beließ es bei diesen Beiträgen, beschloß jedoch trotz der dringenden Warnungen des Verbandsvorstandes eine sehr erhebliche Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen neben sonstigen bedeutenden Vergünstigungen für die Mitglieder. Man lebte eben damals in starkem Optimismus. 1927 und 1928 hatten wir eine durchschnittliche Arbeitslosenziffer von 6,8 bzw. 6,7 Proz. Die Reserven der Verbandstasse zeigten einen guten Aufschwung und man gab sich der Hoffnung hin, daß es so bleiben würde und daß man den Mitgliedern für den verhältnismäßig geringen Beitrag noch viel mehr bieten könne.

Doch schon das Jahr 1929 brachte uns eine Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitslosenziffer auf 11,5 Proz., die im Jahre 1930 auf 20 Proz. stieg und 1931 auf rund 30 Proz. weiter empor schnellte. Während wir zur Zeit des Düsseldorf-Verbandstages nur 3800 Arbeitslose hatten, war diese Ziffer am Schluß des letzten Jahres auf 18 800, also auf das Fünffache gestiegen. Das bedeutet allein schon eine gewaltige Belastung der Verbandstasse. Die Spitzenlöhne der Kollegen waren wohl in der Zeit des Aufschwungs um 7 bis 8 Mk., die der Facharbeiterinnen um 4 Mk. pro Woche höher, doch die Beiträge waren die gleichen geblieben.

Sehen wir uns die Entwicklung der Beiträge und Löhne der Kollegenschaft einmal etwas näher an. Da die meisten Kollegen — nämlich 18 000 oder 73 Proz. — in der V. Beitragsklasse steuern und von den 33 500 Kolleginnen 20 000 = 60 Proz. der III. Beitragsklasse an-

gehören, wollen wir der Einfachheit halber nur diese beiden Beitragsklassen als Unterlagen für den Vergleich mit der Lohnentwicklung nehmen. Die Entwicklung der reichstarriflichen Spitzenlöhne für die Kollegen und die Beiträge der V. Klasse zeigt folgendes Bild:

Datum	Beitrag V. Kl.	Tariflicher Spitzenlohn			
		Kpl* u. Buchdr.-Buchbinder	BDB.	Karionnag.-Bnd. Berlin	I. Driftl.
1. Oktober 1925	1,30	92	92	92	83
10. Januar 1927	1,40	92	92	92	80
1. Mai 1927	1,50	99	100	98	86
1. Oktober 1928	1,50	109	109	109	96
April 1929	1,50	114	114	114	101
Februar 1931	1,50	107	107	107	94
1. Januar 1932	1,50	92	92	92	80

Wie die vorstehende Zusammenstellung zeigt, betrug schon am 1. Oktober 1925 der Beitrag in der V. Klasse 1,30 Mk. bei einem Spitzenlohn von 92 Pf. Er wurde dann durch die Zwischenslösung im September 1926 auf 1,40 Mark und durch den Beirat ab 1. Mai 1927 auf 1,50 Mk. erhöht, während der Spitzenlohn zu gleicher Zeit auf 98 bis 100 Pf. stieg. Obwohl der Spitzenlohn allmählich bis auf 1,14 Mark stieg und sich auf diesem Niveau bis zum Februar 1931 hielt, ist der Beitrag der gleiche geblieben.

Die Erhöhung ab 1. Januar 1932 lassen wir bei unserer Betrachtung außer Anschlag, da diese Erhöhung nur der Sanierung der Invalidenunterstützung gilt.

Ein ähnliches Bild von der Entwicklung des Lohnes und der Beitragsleistung für unsere Kolleginnen zeigt die folgende Tabelle:

Datum	Beitrag III. Kl.	Tariflicher Spitzenlohn			
		Kpl* u. Buchdr.-Buchbinder	BDB.	Karionnag.-Bnd. Berlin	I. Driftl.
1. Oktober 1925	65	52,75	55	58	52,5
10. Januar 1927	70	52,75	55	58	52,5
1. Mai 1927	75	57	60	61,5	54
1. Oktober 1928	75	62,5	65,5	68,5	60
April 1929	75	65,5	68,5	72	63,5
Februar 1931	75	61,5	64	68	59
1. Januar 1932	75	53	55	58	50,5

Während also die Beiträge durch den Beirat ab 1. Mai 1927 um kaum 7 Proz. erhöht wurden, ergaben sich durch die folgenden Lohnverhandlungen Erhöhungen um 22 bis 25 Proz., bis dann im Februar 1931 auch hier die ersten Lohnsenkungen erfolgten.

Wie man aus den beiden Zusammenstellungen erfieht, waren die Beiträge am 10. Januar 1927 bei dem gleichen Lohn wie gegenwärtig um 5 Pf. in der III. und um 10 Pf. in der V. Klasse niedriger als jetzt.

Ein wesentlich anderes Bild zeigt sich, wenn man die statutarischen Leistungen des Verbandes von 1925 mit den jetzigen in Vergleich stellt. 1925 erhielten die Mitglieder der III. Beitragsklasse nur bis zu 70,— Mk. Arbeitslosenunterstützung. Der Beirat erhöhte diese Endsumme auf 112,— Mk. und der Düsseldorf-Verbandstag auf 126,— Mk. Das ist ein Plus von 80 Proz. Noch weitherziger wurden die Mitglieder der V. Beitragsklasse bedacht. Für diese wurde durch die Beiratstagung der Höchstfah der Arbeitslosenunterstützung von 140,— Mk. auf 240,— Mk. erhöht und der Verbandstag nahm dann noch eine weitere Erhöhung auf 300,— Mark vor, was also einer Erhöhung um 114 Proz. gleichkommt.

Es ist verständlich, daß bei einer so großen Steigerung einer Unterstützungsleistung — von den anderen ganz zu schweigen — eine gewaltige Belastung der Verbandstasse eintreten mußte. Das wird von unserer Kollegenschaft ja auch anerkannt. Durch die Gewährung der Krisenunterstützung ist die Arbeitslosenunterstützung nochmals wesentlich erweitert worden.

Angesichts der noch immer steigenden Arbeitslosenziffer entsteht nun die Frage, ob man es in der gegenwärtigen Zeit der ungeheuren Not und der brutalen Lohnherabsetzung verantworten kann, die Beiträge entsprechend dem Prozentsatz der Löhne herabzusetzen. Darüber wird sich jeder klar sein, daß einer Senkung der Beiträge ein sehr starker Abstrich der Leistungen folgen muß. So mancher von den Alten, die jahre- und jahrzehntelang ihre Beiträge treu und brav gezahlt haben, ohne einen Pfennig Unterstützung von der Organisation zu beziehen, ist in den letzten Wochen und Monaten wider Erwarten mit aufs Straßenspfaster geworfen worden und eine große Zahl anderer, die heute noch nicht daran denken, werden ihnen folgen. Wollen wir wirklich unsere Hand dazu bieten, diesen treuen Kämpen just in diesem Augenblick unsere Hilfe zu versagen oder stark einzuschränken, auf die sie so fest gebaut haben? Zeigt die oben gebrachte Zusammenstellung der Entwicklung unserer Löhne und unserer Beiträge nicht deutlich, daß wir im Interesse der Kollegenschaft eine Beitragserhöhung längst hätten vornehmen sollen? Da diese nun jedoch immer unterblieben ist, kann man unmöglich jetzt eine Kürzung vornehmen. Beiträge und Löhne entsprechen, das sei noch einmal nachdrücklich festgestellt, durchaus dem Verhältnis vom Januar 1927, die Leistungen des Verbandes aber stehen heute weit höher. Sind auch unsere übertariflichen Entlohnungen zum erheblichen Teil gekürzt und die große Zahl der Akkordarbeiter nicht voll beschäftigt, dann sollten wir doch ernstlich in uns gehen und überlegen, ob wir vor unserer arbeitslosen Kollegenschaft und dem Verbandsbestehen können, wenn wir jetzt Beiträge und Unterstützungsleistungen ab-

Mobilisiert die Wirtschaftskräfte!

In der heutigen Zeit schwerster Not und Bedrängnis ist es Pflicht aller Denkenden, sich eng an ihre Organisationen anzuschließen und diese mit allen Kräften auszubauen. Die drohenden Gefahren und der immer wieder zum Ausdruck gebrachte Wille der Gegner, die Organisationen der Arbeiterchaft zu zerstören, zwingen zu entscheidender Abwehr. Es ist daher an der Zeit, den Kapitalismus auch mit dem Mittel der

organisierten Kaufkraft

zu bekämpfen. Die von der Arbeiterchaft erzielten Unternehmungen bieten die Möglichkeit, die Warenversorgung des Arbeiterhaushalts auf gemeinwirtschaftliche Weise einzustellen. Kein Kollege, keine Kollegin hat es heute nötig, den Bedarf an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern in kapitalistisch arbeitenden Betrieben zu decken und deren Profit zu erhöhen.

Wer das tut, stärkt die Front der Gegner

und sorgt mit dafür, daß die Lage der Arbeiterchaft immer verzweifelter wird. Daher ergeht die dringende Aufforderung an alle Arbeiter- und Kollegenhaushaltungen, sich genossenschaftlich zu organisieren. Noch immer gehören weite Kreise der Gewerkschafter den Kon-

junggenossenschaften nicht an. Auch für unsere Kollegen und Kolleginnen gilt darum die Aufforderung, sich, soweit das noch nicht geschehen sein sollte, den Konjungenossenschaften anzuschließen. Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß in jeder einzelnen Genossenschaft nur gewerkschaftlich organisiertes Personal beschäftigt wird.

Der Kapitalismus beweist heute, daß er nicht mehr in der Lage ist, den Bedürfnissen eines Kulturvolkes gerecht zu werden. Millionen fleißiger Hände sind zur Untätigkeit verdammt, Massennot, Verzweiflung und graues Elend sind die Folgen.

Will die Arbeiterchaft gleiche Zustände in Zukunft vermeiden, dann muß sie den Kapitalismus überwinden.

Ein geeignetes Mittel dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterhaushaltungen in den genossenschaftlichen Organisationen und der ausschließliche Verbrauch gemeinwirtschaftlich erzeugter Güter. Wer diese Möglichkeiten nicht erkennen und danach handeln will, übt Berrat an der eigenen Sache. Die Fronten klären sich. Sie Kapitalismus, sie Gemeinwirtschaft.

Der Gewerkschafter gehört auf die Seite der neuen Wirtschaftsform.

bauen würden. Wenn die noch in den Betrieben Stehenden voll beschäftigt wären, würde natürlich manches anders sein. Doch wir müssen uns mit den harten Tatsachen abfinden und dürfen den Kopf nicht verlieren, um nicht unter Umständen den größten Schaden selbst mit zu erleiden.

Die gegenwärtige Zeit der tiefsten Depression kann nicht mehr von allzu langer Dauer sein, ihr muß mit Naturnotwendigkeit ein wirtschaftlicher Aufschwung folgen. Sorgen wir dafür, daß die in brutalster Weise aus den Betrieben ausgeschiedene Reservearmee unbeschäftigter Arbeitskräfte voll Mut und Vertrauen sich in unseren Reihen wieder einfügt, wenn es gilt, das Verlorene zurückzuerobern und dann weiter aufzubauen. Sorgen wir dafür, daß die draußensichenden Scharen voll Vertrauen auf uns sehen. Sorgen wir dafür, daß unsere Verbandstafte zu den Kämpfen gerüstet ist, denen wir nicht ausweichen können. Nur dann können wir getrosten Mutes der Zukunft entgegensehen.

Alte Sitten und Gebräuche unter den Buchbindergefellern.

(Schluß.)*

Beim sogenannten „Abstämpeln“ wird dem Bachanten ein Kännlein mit Wasser gereicht, das er austrinken muß auf das Wohl der Gesellschaft. Hat er aber die Ranne angefeht, dann versuchen die Gefellen, ihm das Wasser über den Kopf zu schütten. Nun erscheint ein verummterter Gefelle und bringt ein Brett mit einem Alphabet, dessen Buchstaben in großer Anordnung durcheinander stehen. Der Prüfling muß nun der Reihe nach die Buchstaben des Alphabets auslösen, die Umstehenden aber schlagen ihn dabei mit Wölfeln auf die Hände, bis alle Buchstaben ausgelöst sind. Nun bringt ein Gefelle ein Brett, auf dem die Tonleiter mit italienischer Bezeichnung aufgemalt ist. Beim Abbingen derselben ziehen die Umstehenden den armen Prüfling an den Haaren in die Höhe, „bis die charmante Musik zu Ende ist“. Schließlich bringt man ein Brett, auf welchem geschrieben steht:

„D, wo stehet mir mein Kopf! Kopf mein mir stehet wo, D!“

Der Bachant muß den Vers etliche Mal absingen. So oft das Wort „Kopf“ gefungen wird, muß er denselben mit dem Brett bedecken, sonst schlagen ihn die Gefellen mit den Holzlöffeln darauf.

Nun gibt jeder der Anwesenden dem Prüfling zwei Rätsel auf. Löst er eines davon nicht, gibt's abermals Schläge. Einige dieser Rätselfragen lauteten:

„Welches ist das feuchteste und breiteste Wasser? (Der Tau.)“

„Welches ist die schwerste Arbeit beim Buchbinder? (Das Eiweißkleppern.)“

„Welches ist die leichteste Arbeit? (Das Abblasen beim Schnittgäten.)“

„Wo hat Adam seinen ersten Löffel genommen? (Beim Stiel.)“

„Warum leht man Hähne und keine Hennen auf die Kirchtürme? (Wenn man Hennen lehte, fielen die Eier herunter und die Buchbinder bekämen kein Eiweiß.)“

Nach diesem Examen legte der Examierte sein Narrenkleid ab, wusch sich und kleidete sich sauber. Der Altgefelle aber sprach:

„Gesellschaft! Weil nun ausgestanden, was ein ehrlicher Buchbindergefelle auch ausgestanden, so spreche ich ihn von seinem Bachanten-Stande im Namen eines Böblichen Handwerks hiermit frey und ledig! Führe er sich auf, wie es einem ehrlichen Gefellen zukommt, und vergesse er ja nicht, daß er anseho ein examinierter Gefelle sey! Denn dieser hat vor dem nicht examinirten Gefellen dies zum Voraus:

Wenn er zu einem Meister eingereist kommt, so darf er das Handwerks-Geschenk abfordern, und zwar par Forcé. (Mit Nachdruck!)

Wenn er mit seinem Meister über Tisch isst und stehet ein gut und schön Stück Fleisch in der Schüssel, so darf er es nur lez herausnehmen.

Wenn er nicht viel zu trinken bekommt, so fordere er es nur derb. Gehet er alsdann zu Bett, so sehe er sich um, ob der Meister eine schöne Tochter oder Magd hat. Davon kann er eine mit zu Bett nehmen. Gehet er nun den andern Tag weg, so hat er nicht Ursache, sich zu bedanken,

sondern zu glauben, es sey des Meisters Schuldigkeit, ihn als einen examinirten Gefellen schalten und walten zu lassen.

Getraut er sich nun, mit dieser Aufführung fortzukommen, und will er als ein ehrlicher Gefelle leben und sterben, so gebe er mir die Hand darauf!“

Gab nun der Gefelle die Hand, dann wurde er tüchtig ausgelacht. Das Gegenteil war der Fall! Der Altgefelle gab ihm nunmehr eine Reihe von guten Ratsschlägen mit auf den Weg:

„Er möge sich auf der Reize höflich aufführen, Essen und Trinken nur mäßig und mit Dank annehmen. Frauen, Töchter und Mägdle verschone er im Hause seines Meisters mit Nachstellungen!“

Seht endlich war er zum Gefellen gesprochen. Er erhielt den Ehrenplatz neben dem Altgefellen und war nun ehrenwertes Mitglied der Gesellschaft. Der Altgefelle trefenzte ihm den Bruderschaftsbecher und hieß ihn willkommen. Ein Freitrunn, gespendet vom neu aufgenommenen Gefellen, hielt die Bruderschaft noch lange auf der Herberge zusammen.

M. Kapp-Weipzig.

Berichte.

Breslau. Am 19. Januar fand die Jahresgeneralversammlung unserer Zählstelle statt. Kollege Nippert begrüßte einen Jubilar, den Kollegen Artur Scholz, und hob dessen Treue zum Verband rühmend hervor. Er überreichte ihm die Ehrenurkunde des Verbandes. Kollege Scholz dankte für die Ehrung und forderte die Anwesenden auf, ebenfalls dem Verband die Treue zu bewahren.

Im dann folgenden Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden für das Jahr 1931 wurden die Verhandlungen mit den verschiedenen Unternehmerverbänden erwähnt. Der Berichtstatter ging auf die ungeheure Arbeitslosigkeit ein und verwies hierbei auf die Spelung der erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen, die durch den Ortsausfluß des ADGB durchgeführt wurde. Uns war es wieder möglich, an achtzig Berufskollegen eine Woche lang warmes Mittagessen zu verabfolgen. — Kollege Klar berichtete über die Kasse und bedauerte die außerordentlich schlechte Lage der Zählstelle, die jetzt über ein Vermögen von nur 907,20 M. verfügt. Er forderte die Vertrauensleute der Betriebe auf, die Mitglieder vor unüberlegten Austritten aus dem Verband abzuhalten. — Der Jugendleiter, Kollege Erich Scholz, gab den Bericht der Jugendabteilung. Er wünscht, daß die ältere Kollegenschaft dieser Abteilung etwas mehr Interesse entgegenbringt. Kollege Nippert begrüßte einen Antrag der Ortsverwaltung auf Herabsetzung der Entschädigung der Funktionäre. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Kollegen Nippert und Bonke, zum Schriftführer Erich Scholz, zu Beisitzern die Kollegen Hübner, Krümmel, Stephan, Wagner und Kollegin Simon und zum Jugendleiter Kollege Erich Scholz.

Anschließend nahm Kollege Bruck zur Frage der Beitragsermäßigung das Wort. Diese war bereits Gegenstand der Aussprache in der vorausgegangenen Sitzung der Vertrauensleute, in der jedoch Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Unsere Beiträge haben trotz mehrmaliger Lohnerhöhungen keine Steigerungen erfahren, wohl aber sind die Unterstellungen nach der letzten Beitragserhöhung mehrmals verbessert worden. Sollte eine Beitragsentlastung von den Mitgliedern allen Ernstes verlangt werden und würden die Beiträge auf den Stand vom Januar 1927 zurückgesetzt, dann würde nur eine Ermäßigung von 5 Pf. für die drei niedrigen und von 10 Pf. für die beiden höheren Klassen eintreten können. Viel größer aber würde der Abbau der Unterstellungen sein, der vor allem die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen schwer treffen würde. Die Erhöhung des Anteils für die Invalidenunterstützung wurde durch Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit der abstimmenden Mitglieder beschlossen. Es wäre eine Nichtachtung des Mehrheitswillens, wenn jetzt eine Beitragsermäßigung vorgenommen würde. Als einen Beweis guter Solidarität stellte Kollege Bruck die Beitragsregelung bei den Buchdruckern hin, die es dort dem Verband ermöglichte, die arbeitslosen Berufsangehörigen jahrelang gut zu unterstützen. Unsere Mitglieder dagegen scheuen sich, Extrabeiträge zugunsten der Arbeitslosen zu leisten. Während die Buchdrucker seit Januar 1927 eine Erhöhung der Beiträge um 100 Prog. durchgeführt haben, sind bei uns die Beiträge nur um

* Schluß aus Nr. 4.

8,5 Proz. gestiegen. Man habe es unterlassen, rechtzeitig aufzubauen, was man jetzt abbauen wolle. Man solle deshalb dem Verbandstag im Mai die Regelung der Beitragsfragen überlassen. Die Drosselung der Verwaltungsausgaben wurde durch den Einnahmefall bedingt, sie ermöglicht jedoch eine Beitragsermäßigung nicht. — Kollege Bietlich bringt zur Sprache, daß die Mitglieder in den Betrieben trotz alledem eine Beitragsenkung wünschen. Die gleiche Ansicht äußert Kollege Sommer und die Kollegin Geppert. Kollegin Weyrauch meint, daß es den Kurzarbeitern äußerst schwer falle, die Beiträge zu bezahlen. Kollege Scholz äußerte sich zu seinem Aufsatz in Nr. 1/2 unserer Zeitung. Er habe mit seinen Ausführungen die Absicht verfolgt, eine rege Debatte über die Gestaltung der Beiträge zu entfachen und dem Verbandsbeirat Wege zu weisen. Sein Aufsatz sei, am Vorübergehenden gemessen, absichtlich einseitig eingestellt, indem er sich nur mit der in Arbeit stehenden Kollegenschaft befaßt. Im Interesse der arbeitslosen Kollegenschaft könne es niemandem verantworten, für einen Beitragsabbau von 5 bis 10 Pf. zu sprechen in dem Bewußtsein, den Arbeitslosen zu schaden. Würde trotzdem ein solcher Beschluß gefaßt werden, dann hätte wohl die in Arbeit stehende Kollegenschaft einen materiellen Vorteil von 2,50 Mk. bis 5.— Mk. pro Jahr, doch die moralische Haltung der arbeitslosen Kollegenschaft stieße weit höher. Denn trotz z. T. mehrjähriger Arbeitslosigkeit hat sich noch kein Kollege bereit gefunden, sich als Lohnrücker anzubieten. Auch die Aussperrung bei Brehmer und Minuth hat gezeigt, daß die arbeitslosen Kollegen nicht gewillt sind, den Kämpfenden in den Rücken zu fallen. Es wäre ein schlechter Dank, wenn man diese mustergültige Haltung durch Einsparung weniger Beitragspennie vergelten wolle. Kollege Nippert verwies dem Einwand der Kollegin Weyrauch gegenüber auf das Statut, das für Kurzarbeiter eine nicht unwesentliche Erleichterung der Beitragsleistung vorsehe. Weiter unterstrich er die Ausführungen der Kollegen Brucks und Scholz. Kollege Hochal führte aus, daß auf Grund der schlechten finanziellen Lage an einen Beitragsabbau nicht zu denken sei. Kollege Klar stellt die Unterstützungssätze von 1927 mit den heutigen in Vergleich und ersuchte, von Beisitzern abzusehen. Kollege Stumpf sprach ebenfalls dafür, daß die jetzigen Beiträge bis zum Verbandstag bestehen bleiben. Kollege Brucks empfahl der Kollegin Geppert, die durch Zuruf eine Abstimmung angeregt hätte, ihre Anregung zum Antrag zu erheben und auf dessen Abstimmung zu bestehen. Er wies ferner auf den Nutzen hin, den besonders die schlesische Kollegenschaft durch die Reichstärkpolitik des Verbandes gehabt hat. Es wäre schändlich Unban gegenüber dem Verbands, wenn ausgerechnet von Schlesiern der Ruf nach einer Beitragsermäßigung seinen Ausgang nehmen würde. Kollegin Geppert lehnte es ausdrücklich ab, einen Antrag auf Beitragsermäßigung zu stellen. Auch die anderen Beisitzer der Beitragsermäßigung stellten keine Anträge. Somit muß angenommen werden, daß sie die bisher vertretene Ansicht aufgegeben haben und daß die Breslauer Kollegenschaft einmütig für die einstweilige Beibehaltung der jetzigen Beiträge ist.

Hamburg-Altona. In der am 15. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung gedachte Kollege Wünderich des verstorbenen Kollegen Besmann in der üblichen Weise. Anschließend referierte Kollege Braasch über die durch die Notverordnung diktierte Lohnsenkung ab 1. Januar. Er berichtete, daß die Gewerkschaften jede Verantwortung für die Folgen dieses Eingriffs in unser Tarifrecht ablehnen und daß versucht worden ist, der Notverordnung die unangenehmsten Spitzen abzubreaken. Kollege Braasch gab dann die Spitzenlöhne der einzelnen Verträge bekannt und berichtete anschließend, daß es gelungen sei, mit dem Papierwaren-Bearbeitungsbetrieb der Großtauchs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine zu einem erträglichen Abschluß zu kommen. Auch das drückende Abkommen für die Buchdrucker-Buchbindereien und für die Linierbranche ist erneuert, nicht beteiligt ist zunächst noch die Firma Rielen u. Bartenwerffer, mit der noch Verhandlungen stattfinden müssen. Mit den Kartonagenfabrikanten und den Unternehmern der Lüten- und Beutel- und der Zigarettensindustrie ist ebenfalls drücklich verhandelt worden, was in jedem Falle zu einem Abschluß geführt hat. Besondere Schwierigkeiten machten die Unternehmer der Briefumschlagindustrie in bezug auf die Arbeiterinnenlöhne. Kollege Braasch erwähnte die gesamte Mitgliedschaft, einige und geschlossen zusammenzuhalten und alle Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben der Organisation zuzuführen, damit wir am 30. April, wenn alle Verträge ablaufen, gerüstet sind, um weitere Verschlechterungsversuche der Unternehmer abzuwehren zu können.

Anschließend besprach Kollege Braasch die Beitrags- und Unterstützungsfragen unseres Verbandes. Er rittelte die Mitglieder zur Opfermütigkeit gegenüber

Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!

Vorbei sind die Monate der bloßen Verteidigung und Abwehr! Das Deutschland der Republik und Demokratie steht auf für Volksrechte gegen Diktatur. Widerstandswille ist aufgeklimmt in allen deutschen Gauen. Es hat keiner Propagandafünfte und keiner Befehle bedurft. Ein Anstoß, wenige organisatorische Hammerschläge genügten und in Stadt und Land wuchs empor die

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Neben die Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold traten die Arbeiterportier und in den Betrieben formieren sich alle freiheitlich gesinnten Gewerkschafter als Hammerstaaten der Eisernen Front.

Eine Millionenarmee — nicht für gewalttätige Angriffe, sondern gegen alle Bürgerkriegspläne! Die Existenz dieser durch eine wahre Volkserhebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken. Die Eisernen Front ist keine Parteiliche und will nicht eine Partei sein. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des deutschen Volkes, der Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.

Viele bittere Tage, harte Wochen und schwere Monate der Abwehr und des Ausharrens liegen hinter uns. Bis in die Fundamente hat eine unerhörte Krise die deutsche Wirtschaft erschüttert, Industrie, Handel und Gewerbe sowohl wie Landwirtschaft. Millionen der besten deutschen Arbeiter, darunter hunderttausende Kriegsteilnehmer, stehen an den Stempelstellen; mit ihnen sind hochqualifizierte Angestellte, Techniker und Ingenieure zu qualvollem Feiern müssen verurteilt. Tausende und aber Tausende junger, arbeitsdürftiger Männer und Frauen der freien Berufe sehnen den Tag herbei, der ihnen Gelegenheit gibt, die in jahrelangen Studien erworbenen Kenntnisse zu ihrem und des deutschen Volkes Nutzen zu verwerten. Sie alle leben von kärglicher Unterstützung oder sind angewiesen auf die Hilfe ihrer Familien.

Wer ist noch sicher, daß nicht auch ihn und seine Familie die Lawine der Wirtschaftsnot in den Abgrund reißt?

Der Arbeiter nicht und nicht der Angestellte. Der Bauer nicht und nicht der Handwerksmeister. Kein Unternehmer mehr — und sei er ein persönlich noch so einsichtiger und tüchtiger Mann — hat die Sicherheit, seinen Betrieb aufrecht erhalten zu können. Ist ein Volk in Not, trifft's auch die Beamten in Reich, Staat und Gemeinden.

Diese Zeit der Not wird seit Jahr und Tag verlängert und verschärft von herrschsüchtigen Egoisten, die für die Massen des Volkes zu

Arbeitslosigkeit, zu Lohn- und Gehaltsabbau auch noch den

Raub der Rechte eines freien Staatsbürgers

fügen wollen. Mit Millionen, die von Lohn und Gehalt abgezogen wurden, sind Bürgerkriegsarmeen aufgestellt und ausgerüstet worden, werden ganze Schwärme von Schwadronen durch Stadt und Land geschickt, wird Propaganda bezahlt, die als „Retter“ die Verderber Deutschlands anpreist. Der Kampf Deutschlands um Aufhebung der würgenden Reparationszahlungen ist jenen Leuten nur ein Mittel zur innerpolitischen Verheerung. Ein Volk, das sich durch Drohung mit Gewalt und bezahlte Demagogie das Recht der Selbstregierung nehmen läßt, wird nie die äußere Freiheit erringen und erhalten können.

Im Hitlerismus hat sich diese wirre Zeit einen gewalttätigen Götzen gegeben. Scharlatane fordern die unumschränkte Herrschaft über Leben und Tod, Arbeitskraft und Eigentum aller Deutschen. Nicht die Spur einer schöpferischen Idee — nichts weiter als Blutphantasien hat der sogenannte Nationalsozialismus aus eigenem hervorgebracht.

Großes steht auf dem Spiel — Großes muß von allen freiheitlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in den kommenden Wochen und Monaten gefordert und geleistet werden.

In allen Bezirken des Reiches muß bis zum 21. Februar 1932 die Eisernen Front formiert sein. Rundgebungen am 21. Februar in ganz Deutschland müssen Freunden und Begnern die Wucht und Kraft der Eisernen Front sinnfällig vor Augen führen.

Gewaltige Geldmittel stehen den Feinden des Staates von Weimar zur Verfügung. Sie hoffen, durch Riesenaufwand an Propaganda die Demokratie niederringen zu können. Auch diese Spekulation wird und muß scheitern. In allen Bezirken sind unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung einer Rüstwoche der Eisernen Front zu treffen und öffentliche Sammellisten aufzulegen.

Es gilt, der Zerstörung von Deutschlands letzter Wirtschaftskraft Einhalt zu tun; jetzt heißt es, die gewaltigen Energien, die allein die Demokratie zu entseffen vermag, für die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands einzusetzen. Voraussetzung dafür ist der Sieg der politischen Vernunft über die Propheten des Chaos.

Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!

Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!

Eiserne Front für außenpolitische Freiheit,

Frieden und Völkerverständigung!

Eiserne Front wider alle Feinde der demokratischen Republik!

Eiserne Front für Volksrechte gegen Diktatur!

Berlin, den 25. Januar 1932.

Die Reichstamplleitung der Eisernen Front.

den Erwerbslosen auf, damit diese auch weiterhin unterstützt werden können und sie nicht zu einer Gefahr für unsere Tarifverträge werden. Abschließend schilderte er den gewaltigen Ansturm des Unternehmertums gegen das Tarifrecht, gegen die Sozialgesetzgebung und gegen die gesamte Existenzgrundlage der Arbeiterklasse. Nur wenn die Gewerkschaftsmitglieder opfer- und kampfbereit seien, könnte ihre Position erfolgreich verteidigt werden. Kollege Thier-

bach ergänzte speziell die letzten Ausführungen des Referenten. In der Debatte sprachen noch die Kollegen Schable und Lug.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ berichtete Kollege Braasch über die erfolgte weitere Senkung der Gehälter unserer Angestellten und schilderte recht nachdrücklich die oft unangenehme und mühevoll Arbeit derselben, die in Zeiten einer Krise, wie der jetzigen, von Tag zu Tag schwerer und nervenaufreibender

wird. Nach einer Aufforderung an unsere jüngeren Kollegen, sich mehr an den Arbeiten und Veranstaltungen des Verbandes zu beteiligen, konnte die gutbesuchte Versammlung zum Abschluß gebracht werden.

Kottbus. Unsere am 23. Januar stattgefundene Generalversammlung konnte mit einem verhältnismäßig guten Besuch aufwarten. Kollege Größl erstattete den Jahresbericht. Die große Arbeitslosigkeit hat auch unsere Organisation nicht verschont, unser Mitgliederstand ist zurückgegangen. Er gedachte unseres alten Kollegen Raimwald, der, aus dem Arbeitsprozeß ausgeschleudert, nunmehr als alter vorbildlicher Kämpfer für unsere Bewegung die Rechte der Invalidenunterstützung in Anspruch nehmen kann. Zum Schluß sprach er allen Funktionären den Dank der Gau- und Ortsverwaltung für das tatkräftige Mitarbeiten in der Verwaltung der Zahlstelle aus und ersuchte die Mitglieder, auch im kommenden Jahr trotz aller Not und trotz aller Angriffe der Gegner den freien Gewerkschaften die Treue zu halten.

Nach dem Kassenbericht des Kollegen Schmidt sind im Vorjahre 4860,10 Mkt. an Arbeitslosenunterstützung, 565,15 Mkt. an Krankenunterstützung und 383,50 Mkt. an Invaliden- und anderen Unterstützungen ausgezahlt worden. Die Mitglieder, die ihre Beiträge stets pünktlich entrichten, haben Anspruch auf Unterstützung. Darum ermahnte Kollege Schmidt alle Restanten, ihre Beiträge jetzt schnellstens nachzuzahlen. Die anschließenden Wahlen ergaben die Wiederwahl des jetzigen engeren Vorstandes. Zum Revisor wurde Kollege Fiegler, zum Kartelldelegierten Kollege Schmidt und als Beisitzer Kollegin Bloch gewählt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde über unsere Beitragsfrage debattiert und dabei allgemein hervorgehoben, daß die Beiträge, gemessen am Stundenlohn, zu hoch sind. Vom Vorstand wurde hierzu berichtet, daß die Beiträge in erster Linie den Erwerbslosen zugute kommen und daß jeder die große Gefahr der eigenen Erwerbslosigkeit immer vor Augen haben sollte. Im jetzigen Augenblick müsse man zeigen, daß man auch in der schlechten Zeit ein guter Gewerkschafter ist. Der im Mai stattfindende Verbandstag wird die Beitrags- und Unterstützungsfrage endgültig regeln. Bis dahin sollten alle Mitglieder mitwirken, distinkte Vorschläge und Anträge vorzubereiten, die dann im Mai dem Verbandstag vorgelegt werden können. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Größl die Mitglieder, unsere Versammlungen recht rege zu besuchen, denn nur dies kann eine selbstbewußt arbeitende Organisation vorwärts bringen.

Magdeburg. Einen Beweis dafür, daß unsere Kollegenchaft gewillt ist, wieder aktiv im Verbandesleben mitzuwirken, brachte uns die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle am 9. Januar. Der Versammlungssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Kollegen Kräbel ehrend gedacht. Der Rückblick des Kollegen Bönsepp auf das vergangene Jahr zeigte recht deutlich, wozu die Arbeiterchaft gekommen ist. Das Jahr 1931 ist zu einem Katastrophenjahr für die Arbeiterbewegung geworden. Es begann mit einer sehr hohen Arbeitslosenzahl und diese hat sich bis zum Ende des Jahres so erhöht, wie wir es nicht für möglich gehalten hatten. Dadurch ist den Unternehmern der Kamm geschwollen und sie nützen die jetzige Notzeit rücksichtslos in ihrem Interesse aus. Mit Lohnabbau hat das Jahr begonnen und mit einem ungeheuren Lohnraub hat es geendet. Trotz dieser wahnwichtigen Zustände darf die Arbeiterchaft den Mut nicht sinken lassen. Es hat auch keinen Zweck, auf die Führer zu schimpfen, sondern auch wir selber müssen uns den Vorwurf machen, daß wir unseren an der Spitze stehenden Genossen nicht rechtzeitig zugerufen haben: Macht Schluß mit dieser Politik!

Kollege Bönsepp erstattete dann einen Bericht aus den Betrieben am Ort, mit denen wir in der letzten Zeit Differenzen hatten. An erster Stelle steht dabei wieder wie immer die Firma „Schäfer-Wert“. Hier zeigt es sich deutlich, was der Unternehmer der Arbeiterchaft alles bieten kann, wenn diese sich nicht um ihre Organisation kümmert. Ein Gegenstück dazu ist folgendes: Weil die Belegschaft reitlos organisiert ist, gelang es dem Verband bei der Firma Schultius, die Einführung der Akkordarbeit zu verhindern. — Der Arbeitsmarkt sieht bei uns ganz trübsalig aus. Verschiedene Betriebe haben ihre Tore schon geschlossen. Zu diesen kommt im neuen Jahr nun auch noch die Firma Wolsfeld, die ihre Stilllegung bereits beantragt hat. Fast alle anderen Betriebe arbeiten verlürt, auch der größte Betrieb in Magdeburg, die Firma Baensch U.-G. nur noch 36 Stunden. An Arbeitslosen haben wir zurzeit 80 Kollegen und 148 Kolleginnen, von denen ein erheblicher Teil nie wieder Arbeit im Beruf finden wird. Wir müssen die Verblöderung der Massen verstehen, wenn man sieht, daß die Regierung in der Frage der Arbeitsbeschaffung vollkommen versagt hat. Darum muß trotz allem der Gewerkschaft die Treue gehalten wer-

den, denn sie ist das einzige Bollwerk gegen die Reaktion.

Der Kassenbericht lag allen Versammlungsteilnehmern gedruckt vor. Kollege v. d. Reith gab noch einige kurze Erläuterungen dazu. Unsere Lotterkassette ist sehr stark zusammengeschrunpft. Die Ursache hierfür ist die Weihnachtsunterstützung für unsere Erwerbslosen in Höhe von rund 1000,— Mkt. Im Ganzen ist der Kassenbericht ein Spiegelbild unserer Zeit, ungeheure Summen werden nur für Unterstützungsätze ausgegeben.

Ein Antrag, die Zahl der Ortsverwaltungsmitglieder von neun auf sieben zu ermäßigen, wurde angenommen und der alte Vorstand wiedergewählt. Er besteht aus folgenden Kollegen: Bönsepp, erster Vorsitzender, Schreiber, zweiter Vorsitzender, Fiegel, Schriftführer, Schmidt, Klinker, Bode und Kollegin Wehrer, Beisitzer. Revisoren sind die Kollegen Matthias und Richter.

Anschließend sprach Kollege v. d. Reith über „Die Notverordnung und unsere Tarife“. Die Regierung

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbsfähigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Brüning hat mit der letzten Notverordnung ganz ungeheuerlich in das Larifrecht eingegriffen. Der Lohn wurde ab 1. Januar in unserem Beruf mit einem Schlag um nahezu 15 Prozent herabgesetzt. Die freien Gewerkschaften haben gegen den Teil der Notverordnung, der die arbeitsrechtlichen Dinge regelt, entschloffenen Protest erhoben. Die Regierung verspricht als Ausgleich einen allgemeinen Preisabbau und eine entsprechende Mietentzug. Von der Erfüllung dieser Versprechungen ist bis heute noch nicht allzuviel zu erkennen. Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt immer mehr, denn der Lohn des Arbeiters reicht nur noch knapp für die Ernährung der Familie. An Ausgaben für Kleidung usw. ist gar nicht mehr zu denken.

Die Gewerkschaften haben die Regierung vor diesem Schritt gewarnt, sie lehnen jede Verantwortung für die Folgen dieser Diktatur ab. Was können wir aber jetzt dagegen tun? Würden unsere Vertreter im Reichstag der Regierung das Vertrauen entziehen, dann wäre das Chaos noch viel größer. Wir müssen jetzt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, Einfluß auf den Preisabbau zu gewinnen. Weiter muß gefordert werden, daß die Senkung der Wohnungsmieten in Neubauten anders geregelt wird. Trotz aller Not jedoch muß unser erstes Bestreben sein, unsere Organisation stark zu erhalten, denn sie ist der einzige Wall gegen den Ansturm der Gegner. Es ist schon verständlich, wenn die Kollegenchaft bei ihrem jetzigen Lohn mit der Höhe des Verbandsbeitrages unzufrieden ist. Wenn wir jedoch den Verbandsbeitrag herabsetzen würden, dann müßte naturgemäß eine starke Senkung der Unterstützungsleistungen eintreten. An Hand von Beispielen zeigte Kollege v. d. Reith den großen Unterschied der Unterstützungsätze von 1926 und von heute. Jeder Kollege, der heute noch in Arbeit steht, kann selbst der Geldtragende bei einer Unterstützungslenkung sein. Wer sich das überlegt, der wird nicht für einen Beitragsabbau zu haben sein.

An der Aussprache wurde von fast allen Rednern betont, daß unsere Führer im Reichstag einen falschen Weg gegangen seien. Die Politik des „kleineren Uebels“ ist zum Verhängnis für die Arbeiterchaft geworden. Durch das fortgesetzte Zurückweichen vor einer klaren Entscheidung wurde die Reaktion erst groß gezogen. Den Führern muß gesagt werden, daß die Arbeiterchaft diesen Weg nicht mehr mitgeht. In der Beitragsfrage selbst war sich die Versammlung einig, daß ein Abbau jetzt nicht möglich ist. Wir sind bereit, auch dieses Opfer zu tragen, doch wir verlangen, daß vor allem auch Einsparungen bei den Verwaltungskosten des Verbandsapparates gemacht werden. Die Kollegen v. d. Reith und Bönsepp brachten die Versammlung zum Abschluß mit dem Appell, in den Betrieben weiter für den Verband aktiv tätig zu sein, da uns nur eine enge und geschlossene Arbeiterchaft aus der Not der Zeit herausbringen kann.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Heimvolkshochschule Tinz.** Am 1. August 1932 beginnt in der Heimvolkshochschule Tinz ein neuer Frauenkursus, der bis zum 20. Dezember dieses Jahres dauert. Aufnahme finden Bewerberinnen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die sich in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung betätigt haben. Die Bewerbungen sind unter Beifügung eines handschriftlich verfaßten Lebenslaufes und eines selbstverfertigten Aufsatzes über das Thema: „Wie kam ich zu meinem Beruf und welche Erfahrungen habe ich im Arbeits- und häuslichen Leben gemacht?“ bis spätestens 18. Februar an die Gauleiter unseres Verbandes, sowie an die Bevollmächtigten der Zahlstellen Berlin, Dresden und Leipzig einzureichen. Bei diesen Verwaltungsstellen ist auch alles Nähere zu erfahren.

2. **Arbeitslosenstatistik.** In den letzten Tagen sind an die Kassierer der Gau- und Zahlstellen gesandt worden:

- a) Berichtskarte zur Arbeitslosenstatistik,
- b) Berichtskarte über den Geschäftsgang in den Betrieben.

Wir bitten recht dringend um Einbindung der Karten bis zum 4. Februar, um unnötige Mahnungen zu vermeiden.

3. **Einstellung der Lokalunterstützung in Kaufbeuren und Rastau.** In den Zahlstellen Kaufbeuren und Rastau kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.



Abrechnungen

vom vierten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 26. Januar bei der Verbandskasse ein von: Brandenburg — Mkt., Dessau — Mkt., Halberstadt — Mkt., Lützenwalde — Mkt. = Braunschweig 1050,— Mkt., Hannover 2500 Mkt. = Eberstadt — Mkt., Heidelberg — Mkt. = Gau Thüringen — Mkt., Eisenberg — Mkt., Erfurt — Mkt., Mühlhausen 230,— Mkt., Sonneberg 100,— Mkt., Weimar — Mkt., Zeitz — Mkt. = Burgstädt 102,30 Mkt., Grimma — Mkt., Nerkau — Mkt., Wurzen 500,— Mkt. = Göppingen 350,— Mkt., Heilbronn — Mkt., Kirchheim-Teck — Mkt. = Würzburg — Mkt. = Gau Südbayern — Mkt., Augsburg 250,— Mkt., Kaufbeuren — Mkt., München 221,20 Mkt.



Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Kaufbeuren. B.: Viktor Mayrhofer, Schmiedgasse 14, I.

K.: August Dauner, Schmiedgasse 40.

Rastau i. Erzgeb. B. und K.: Paul Weigel, Nr. 3.

Spremburg (L.). B.: Otto Noack, Rochsdorfer Weg 10.

K.: Willy Hesse, Kesselftr. 4a, III. Auszahlung

für durchreisende Buchbinder bei Otto Noack.

Wansleben a. d. Werra. B.: E. Daniel, Eschweg

Straße 7.

K.: E. Rathgeber, Clausstraße 8.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Beitrag und Lohn!
Mobilisiert die Wirtschaftskräfte!
Alle Sitten und Gebräuche unter den Buchbinder-
gesellen. (Schluß.)

Berichte: Breslau. — Hamburg-Altona. — Kottbus.

— Magdeburg.

Eiserne Front für Volkswirtschaft, gegen Diktatur.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Heim-

volkshochschule Tinz. — Arbeitslosenstatistik. —

Einstellung der Lokalunterstützung in Kaufbeuren

und Rastau. — Abrechnungen. — Adressen-

änderungen.